

nachschau

Agenda Konferenz Tagesspiegel 10.10.2017



Die diesjährige „Agenda 2018 Konferenz“ des Tagesspiegels hat sich im Rahmen einer interessanten Podiumsdiskussion auch mit dem Thema Energiewende beschäftigt. Die Grünen und die CDU waren sich zumindest darin einig, dass man sich in vielen Punkten uneinig ist und es zu zähen Sondierungsgesprächen kommen wird.

<https://www.agenda-konferenz.de/>



Warten auf Jamaika

Spitzenvertreter aus Politik und Verbänden stimmen sich auf der Tagesspiegel-Konferenz „Agenda 2018“ auf ein schwarz-gelb-grünes Bündnis im Bund ein. Sie formulieren klare Forderungen an eine neue Bundesregierung

VON KATJA E. HEIMANN,
ULRIKE SCHEFFER UND JENS JÄTZLER

Berlin • Amnert Kramp-Karrenbauer, CDU-Ministerpräsidentin im Saarland, hat am Dienstag bei der „Agenda“-Konferenz des Tagesspiegels konkrete Erwartungen an den Koalitionsvertrag der künftigen Regierungspartner geäußert. Sie schließt weit den Vorrang mit ausbauenden. Unter anderem unterstützt Kramp-Karrenbauer die Idee, eine Enquete-Kommission zu Rentenfragen einzuberufen, die auch das Thema Pflege einbeziehen solle. „Wir haben in Deutschland gute Erfahrungen mit überparteilichen Kommissionen in der Rentenfrage gemacht“, sagte sie. Angesichts der aktuellen Situation gelte die Pflege in eine solche Kommission zu integrieren.

Um die Digitalisierung Deutschlands voranzutreiben, plädiert sie für die Bildung der besten in verschiedenen Ministerien angesiedelten Zuständigkeiten im Kanzleramt. „Weil wir bei dem Thema den Durchgriff auf die anderen Ressorts brauchen“. Als zentrale Anliegen für die Koalitionsverhandlungen nannte sie Maßnahmen zur Schaffung besserer Strukturen in öffentlichen Verbänden und die Schaffung besserer Strukturen in öffentlichen Verbänden. „Zumal der Druck auf die Bildungszentren nicht weiter wächst.“ Dies bezieht die Gesundheitsversorgung, die Pflege, öffentliche Verkehrsmittel und das Internet. Grundsätzlich müssten die Länderinteressen stärker berücksichtigt werden. Forderungen nach einer Zentralisierung der Bildung, wie sie die FDP im Wahlkampf formuliert, seien mit Kramp-Karrenbauer entschieden entgegen. Eine Angleichung der Bildungsangebote und der digitalen Bildung könne auch auf der Ebene Kultusministerkonferenz verhandelt werden. „Was wir brauchen ist ein Bildungsplan für Digitalisierung mit konkreten Vereinbarungen.“

Die CDU-Politikerin sprach auf der vierten „Agenda“ des Tagesspiegels, der ersten unmittelbar nach einer Bundestagswahl, wie Tagesspiegel-Korrespondent Sebastian Thurner bei seiner Berichterstattung erwähnte. Oberbürgermeister Stephan Andreas Casdorff, der die mehr als 200 Besucher durch den Tag im Verlagssaal führte, erklärte für alle die besuchten Regale: Jeder Verbänderversorger habe für einen kurzfristigen Kontakt mit den künftigen Koalitionspartnern. „Es ist wichtig, nicht mehr als fünf Minuten Zeit. Eine von manchen Rednern geführte, aber von den meisten Zuhörern geschätzte Stoppuhr auf einem Großbildschirm zählte die Sekunden. Am Ende wurde die zentrale These der Rednerin oder des Redners eingeleitet: Und alle Gäste waren eingeladen, per Knopfdruck ihre Meinung auf einer Skala von 1 (Ablehnung) bis 5 (Zustimmung) auszuwählen.

KLIMA, ENERGIE UND BAU
Den Anfang beim ersten Konferenzschwerpunkt rund um Energie und Klima machte Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (E.ON). Er forderte, dass die neue Regierung die Stromsteuer auf ein „realistisches Minimum“ senkt. Im Ergebnis könnte der Strompreis um zwei Cent pro Kilowattstunde sinken. FDP-Mitglied Kapferer forderte die künftige Koalition auf, die energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen steuerlich abgabefähig zu machen. Dadurch könnten mehr als 30 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr gespart werden.

CDU-Energiepolitikerin Thomas Bauriedl hat Deutschlands Klimaziele 2020 herausgefordert. „Es ist nicht zu erreichen, aber“ nach 2020 können wir die CO₂-Emissionen durch stärkere Reduktionsmaßnahmen“, sagte der wiedergewählte Bundestagsabgeordnete. Damit bestätigte Bauriedl die Weisung der Grünen-Energiepolitikerin Julia Verlinden. Sie sagte über die amtierenden Sonderminister: „Wir haben sehr schwierige Gespräche vor uns. Ein Weiter so mit ein bisschen grüner Farbe drüber wird es nicht geben.“ Die energiepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion forderte, im Koalitionsvertrag müsse festgelegt werden, welche Sektoren der CO₂-Emissionen wie stark senken müssen. „Mit einem einzigen Messwert kann man nicht verhandeln.“

Thema dieses Messwertes sind die Emissionen sagte Claudia Kemfert, Hauptgeschäftsführerin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, über eine Jamaika-Koalition:



Agenda 2018 – das Forum für die Themen des nächsten Jahres. Unter den Gästen: Annegret Kramp-Karrenbauer (oben), Claudia Kemfert (Mitte links) und Jens Jätzler (Mitte rechts) im Gespräch mit Stephan Andreas Casdorff (rechts). Foto: Agendaportal/Agenda 2018, Foto: Uwe-Horst/Agenda 2018

forschung, über eine Jamaika-Koalition: „Ich sehe Chancen in dieser Konstellation.“ Die Grünen müssten die Energiepreise weiterdrücken, die FDP setzte auf marktwirtschaftliche Kostensenkung. Allerdings müssten die Liberalen nachdefiniert werden, was sie darunter verstehen.

INNERE UND AUSSERE SICHERHEIT
Das Thema Sicherheit in jeder Facette war ja ein großes Thema im Wahlkampf – dort auch im Kontext zum Thema Integration von Geflüchteten und Zuwanderern. Moderator Malte Lehming, Leiter des Tagesspiegels, wies am Beginn seiner Diskussionsrunde darauf hin, dass diese Komplexität nicht zwingend zusammengefasst werden könne. Peter Neuberger, Präsident des Caritasverbandes, äußerte sich zu den Themen. „Man wolle mögliche Probleme nicht leugnen, aber diese Fokussierung auf Sicherheitsfragen lenkt von der eigentlichen Aufgabe ab“, insere-

gration brauche einen langen Atem, Flexibilität und Vertrauen, sagte Neuberger. Diese These erhielt bei der anschließenden Abstimmung auf der 1700-5-Skala einen guten Zustimmungswert von 4,2. Schwere hatte es Hans Christian Atrop, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SDS), mit seinen Worten für höhere Verteidigungsausgaben und einen

UMFRAGEN IM VERGLEICH

Politiker und Verbändeschefs sind etwas anderer Meinung

Wie in jedem Jahr haben die Besucher der Agenda-Konferenz am Dienstag vor Ort eine Umfrage durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 20. April im Anschluss an den ersten Pressetermin am 22. April im Rahmen der Gesamtdiskussion der Konferenz mitgeteilt. In den vergangenen Jahren wurde die Umfrage im Zeitraum vom 15. bis zum 17. April durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Vergleich mit den Ergebnissen der vergangenen Jahre dargestellt. Die Umfrage wurde von der Tagesspiegel-Redaktion durchgeführt. Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 15. bis zum 17. April durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Vergleich mit den Ergebnissen der vergangenen Jahre dargestellt. Die Umfrage wurde von der Tagesspiegel-Redaktion durchgeführt. Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 15. bis zum 17. April durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Vergleich mit den Ergebnissen der vergangenen Jahre dargestellt.



Moderator Lehming diskutierte unter dem Eindruck der These mit den Außenpolitikern Niels Annen (SPD) und Alexander Graf Lambsdorff (FDP) sowie mit Joachim Krause, emeritierter Professor für Politikwissenschaften in Kiel. Letzterer warnte vor einer zu großen Rolle der FDP in Moskau eine Antwort auf die Frage einfließen, warum in Nordafrika Raketen russischer Herkunft auftauchen.

WIRTSCHAFT VERKEHR UND DIGITALES
Im Politikbereich Wirtschaft, Verkehr und Digitalis wurde deutlich, dass der Dieselstand der Politik auch in der kommenden Legislaturperiode beschäftigen wird. Und zwar auf unterschiedlichen Feldern. Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, forderte als Konsequenz aus dem VW-Bezugsfall die Einführung einer Motorleistungsabgabe, über die Ansprüche von Konsumenten gesammelt durchgesetzt werden könnten. „Die Hersteller müssen gezwungen werden, manipulierte Autos auf die richtige Konsumentenbasis und Garantien zu übernehmen“, sagte Müller. Der Forderung schloss sich später auch der Linken-Politiker und frühere Gewerkschaftler Klaus Ernst an. Existenzelle finanzielle Krücken für die Automobilindustrie und auch für die Mitarbeiter in der Autoindustrie fürchte er nicht.

Kay Lindemann, Geschäftsführer des Verkehrsverbands der Automobilindustrie, warnte indes davor, als Folge der Debatte um den Diesel schon jetzt Vorgaben für die Antriebsklasse der Zukunft zu machen. „Wir wissen derzeit noch nicht, welcher Antriebsmodus 2030 oder 2050 der beste sein wird, ob das der Elektromotor, der Verbrennungsmotor oder die Brennstoffzelle sein wird“, begründete er. Statt Fahrverbote anzusprechen müsse der Staat Anreize für Flottenmodernisierung setzen. Innovative Mobilitätskonzepte hängen zudem vom Ausbau der digitalen Infrastruktur ab.

In diese Richtung schlug auch Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbandes Bitkom. „Das Motto der Legislaturperiode muss lauten: digital für alle“, sagte er. „Wir brauchen nicht nur Breitband zu schalten, sondern auch in Altdorfheimen, wir brauchen eine Bundeszentrale für digitale Bildung, digitale Streetworker, kurz: Wir müssen Deutschland wirklich digital machen.“ Claudia Groß-Legge, Geschäftsführerin des Verbandes deutscher Unternehmensinformatiker, forderte eine Forschungs- und Gründungsförderung in der Digitalwirtschaft besonders für Mädchen und Frauen.

GESUNDHEIT UND SOZIALES
Dieser Themen sind der Pflegezustand und der Personalmangel in Krankenhäusern. Zur Entlastung des Systems müsse künftig Konsequenz gezogen: ambulante vor stationär, sagte Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der katholischen Bundesvereinigung. Irene Maier, Vizepräsidentin des Deutschen Pflegeverbandes, forderte die Politik auf, bessere Rahmenbedingungen für Pflegeberufe auf den Weg zu bringen. In einigen Bereichen – etwa in der Intensivmedizin – müssten zudem Pflegefachkräfte festgelegt werden. „Es kann nicht sein, dass sich ein Intensivpfleger bei uns um vier Patienten kümmern muss, in anderen Ländern dagegen nur um zwei“, sagte sie. Auch bei der Qualität der Ausbildung sieht sie Deutschland im Hintertreffen.

Nach Ansicht von Martin Zingraf, Vorsitzender des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, droht Deutschland indes auch seine Vorbereitungen bei der Einführung biologischer Arzneimittel einzulassen. Die Politik sei gefordert, Intensivbetten, made in Germany“, durch sich durch einen hohen Qualitätsstandard auszuzeichnen, zu fördern, sagte er. Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankentherapieverbände, machte sich für eine Weiterentwicklung von Krankenhäusern zu vernetzten Versorgungszentren stark, in die auch ambulante Arztpraxen integriert werden sollen. „Das kann gerade in ländlichen Regionen den Versorgung verbessern.“ In diesem Sinne, sagte Professorin Schmidt von der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, sei Gesundheitspolitik auch Strukturpolitik. Wenn eine Versorgung im ländlichen Raum nicht sichergestellt sei, plädierte gerade junge Familien von dort weg.

ANZEIGE

Der neue Volvo X60. Jetzt Probe fahren. www.volvocars.de

ANZEIGE

Webster. www.webster-auto.de

ANZEIGE

Der neue Volvo X60. Jetzt Probe fahren. www.volvocars.de

